



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/124 - 8. Juni 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 81831 - 33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Machtwille ohne Grenzen Adenauer - die Tragödie der jungen deutschen Demokratie	88
3 - 4	Grobes Versagen Gromykos Fragen blieben bis jetzt unbeantwortet Bericht von der Außenminister-Konferenz in Genf	69
5	Nachtverschiebung in Indonesien Die Stunde des Militärs	37
6	Schlegelberger-Pension - ein Skandal Bundesjustizminister gab unrichtige Zahlen an	41
7	Wie konnte dies alles geschehen? Buchbesprechung: "Bismarcks Erben"	48

\* \* \*  
\* \* \*

Machtwille ohne Grenzen

sp - Die größte Bedrohung für die Weiterentwicklung der bundesrepublikanischen Demokratie kommt nicht von außen; sie kommt auch nicht von den wirklichen und angeblichen SSD-Agenten, die jetzt am laufenden Band verhaftet werden, sie kommt von dem Manne, der seit zehn Jahren als Verantwortlicher für die Bonner Politik zeichnet: von Konrad Adenauer. Größere und in seinen Folgen noch unübersehbare Schäden konnten unserer jungen Demokratie nicht einmal von ihren schlimmsten Feinden zugefügt werden als von dem Manne, der sich so gern als großen Europäer und Demokraten bezeichnen läßt.

Was der 83-jährige Bundeskanzler Adenauer mit seinem Entschluß, Bundeskanzler zu bleiben, seiner Partei und dem deutschen Volke angehtan hat, gehört zu den dunkelsten Seiten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Und die Ungeheuerlichkeit dieses Vorganges schlug und schlägt sich nieder in mehr oder weniger erbitterten Kommentaren; es gibt keine ernstzunehmende Zeitung, die nicht ihre tiefen Besorgnisse äußert und sich fragt, wohin wir steuern, wenn ein Mann in solcher Position wie Adenauer glaubt, es gebe für ihn und seinen Machtwillen keine Grenzen mehr. Welch frevelhafter Hochmut, Welch hemmungslose Selbstüberschätzung, aber auch welche Verachtung für die eigene Partei und für die Verfassung spricht aus dieser Haltung eines Mannes, der sich für unentbehrlich hält und für den die Vorstellung, es könnte auch ohne ihn Regierung und Volk weiterbestehen, etwas Furchtbares ist, das es um jeden Preis zu verhindern gilt.

Adenauer glaubt, wenn er nicht mehr am Schalthebel der Macht sitzt, müsse das Chaos hereinbrechen, dann sei alles gefährdet, was er in zehnjähriger Kanzlerschaft erreichte. Dies wenigstens schaltet er als Motiv für ein Verhalten ein, das an Zynismus und Menschenverachtung nur bei Diktatoren anzutreffen ist. Rechnet dieser Bundeskanzler, den die Tragödie der deutschen Spaltung in seine beherrschende Stellung erhob, mit einer Lebensdauer biblischer Gestalten? Oder sagt er sich, nach ihm möge die Sintflut kommen?

Seit dem vergangenen Donnerstag, da Konrad Adenauer verkünden ließ, er werde Bundeskanzler bleiben, müßte eigentlich der letzte Deutsche wissen, welche geistiger und politischer Prägung der Mann ist, dem viele, allzu viele, Vertrauen schenkten. Wird dieser Schock heilsam sein? Es geht doch an die Wurzeln unserer Demokratie und unserer Zukunft, wenn ein Adenauer wider Treu und Glauben Zusagen bricht und den verhängnisvollen Irrtum begeht, seine Person mit dem deutschen Volk zu identifizieren!

Hat es nicht, zu unser aller Schaden, ähnliches in nicht allzu ferner Vergangenheit schon gegeben? Und was waren die Folgen? Das höchste Amt, das die Bundesrepublik zu vergeben hat, das Amt des Staatspräsidenten, ist durch die Roßtäuscher-Methoden des Bundeskanzlers seiner Würde beraubt. Wer immer auch der von der Mehrheitspartei

nominierte Kandidat sein wird, trägt das Stigma an sich, Objekt einer vordergründigen Spekulation zu sein. Nicht den Besten, sondern den Gefügigsten will der Mann aus Rhöndorf als Nachfolger von Heuß sehen.

Was soll unsere suchende, nach sittlichen Werten strebende und nach Beispielen einer sich an moralischen Postulaten orientierenden Staatsführung sehnende Jugend denken? Ihr wird Machthunger, Ehrgeiz und Zynismus in der schlimmsten Form demonstriert. Wie kann diese Jugend ein lebendiges und fruchtbares Verhältnis zum demokratischen Staat bekommen, tritt ihr der verantwortliche Lenker dieses Staates als ein Mann entgegen, dem nichts anderes gilt als die Aufrechterhaltung seiner Stellung, als das Sichanklammern an die Macht.

Adenauers Spiel mit der Demokratie und unserer Verfassung kommt den Wirkungen eines verheerenden Erdbebens gleich - sowohl innen- als auch außenpolitisch. Wie weit glaubt die CDU als Partei ein solch verwerfliches Spiel mitmachen zu müssen? Schon einmal gab es eine Reichstagsmehrheit, die durch ihr willensloses Sich-Ducken und durch ihre Servilität den Weg zum Verderben öffnete - gemeint ist jene Mehrheit, die im unglückseligen März 1933 für das Ermächtigungsgesetz eines Hitlers stimmte.

Auch in der CDU gibt es demokratisch gesinnte Männer und Frauen. Sehen sie nicht, was durch diesen Schritt Adenauers auf uns alle zukommt? Sehen sie nicht die Reaktion in dem befreundeten Ausland?

Nach dem furchtbaren Zusammenbruch von 1945 kamen die führenden Männer aller politischen Parteien zusammen und schufen das Grundgesetz, das Richtschnur sein sollte für den Aufbau eines lebendigen demokratischen Staatswesens, das Mahnung sein sollte für die heranwachsende Generation, der Hybris und dem Wachtrausch zur rechten Zeit entgegenzutreten. Heute sieht unser Volk, wie dieses Grundgesetz nach Belieben manipuliert, wie es ausgehöhlt und seines Kerns beraubt wird. Schafft dies nicht wieder einen Nährboden, in dem Staatsverneinung und Nihilismus gedeihen können? Der Bundeskanzler selbst läßt sich gern als einen "Großen Europäer" bezeichnen, er setzt das Vertrauen, das der freie Teil des deutschen Volkes in der westlichen Welt errang, mit seiner Person gleich. Dieses Vertrauen hat einen vielleicht unheilbaren Riss erhalten: es beschwört Erinnerungen an Männer der jüngeren deutschen Geschichte herauf, die ihre Mißachtung vor der Demokratie und vor der Rolle demokratischer Parteien durch ihre Handlungen bekundeten und damit das Volk auf die Bahn des Abgrundes führten.

Wer so mit Menschen und Parteien umspringt, wie der alte Mann aus Rhöndorf, beweist damit nur, daß er kein inneres Verhältnis zur demokratischen Lebens- und Staatsform besitzt - der einzig angemessenen für das deutsche Volk.

Adenauer mag triumphieren, für die deutsche Demokratie aber ist der Tag seines Triumphes ein Tag einer ihrer größten Niederlagen.

Grobes Versagen

G.M. Niemand wird den Mut haben, eine Prognose zum Ergebnis der Genfer Aussenministerkonferenz aufzustellen, obwohl sich die Gefahr abzeichnet, dass für das Berlin- und Deutschlandproblem eine Bestätigung des Status quo zu erwarten ist. Umso mehr erhebt sich die Frage, warum man auf westlicher Seite nicht versucht hat, den Teufelskreis der bis zum Überdruß vorgebrachten Argumente und Gegenargumente zu durchbrechen und mit einer mutigen Tat den sowjetischen Aussenminister Gromyko beim Wort zu nehmen.

Gromyko hat nämlich am Freitagabend vergangener Woche einen Vorstoss unternommen, der - nach dem bisherigen Verlauf der Konferenz zu urteilen - eigentlich eine Sensation war. Der sowjetische Aussenminister erklärte nach einer langen und heftigen Rede, in der er wieder einmal die westlichen Vorstellungen zur Lösung des Berlin-Problems zurückwies, plötzlich ganz kalt, aber auch verschrlich, er wolle an die Westmächte zwei Fragen richten, die zwar mit dem Berlin-Problem nicht direkt im Zusammenhang stünden, deren Erörterung jedoch nützlich sein könne.

"Ich meine erstens den in Ihrem Vorschlag enthaltenen Hinweis auf die Möglichkeit irgendeiner Deklaration, einer Erklärung, mit einem Wort, irgendeines Dokumentes, in dem einer Nichtanwendung von Gewalt zugestimmt wird und vorgesehen ist, dass alle strittigen Fragen zwischen den Mächten friedlich durch entsprechende Verhandlungen gelöst werden."

Und weiter sagte Gromyko:

"Meine zweite Frage betrifft eine Zone, eine gewisse Zone in Europa. In diesen oder jenem Zusammenhang wurde die Idee einer Zone von den Teilnehmern dieser Konferenz erwähnt. Sie wurde aber niemals weiterentwickelt und präzisiert. Wir möchten daher folgende Frage stellen: Können die Aussenminister der drei Mächte nicht konkretere Gedanken darüber äussern und diese Erwägungen in der gegenwärtigen Sitzung unterbreiten? Natürlich nur, wenn die Bereitschaft dazu besteht. Wenn dies aus irgendeinem Grunde unpassend sein sollte, so sind wir bereit, uns diese Gedanken zu irgendeiner anderen geeigneten Zeit anzuhören."

Wie man aus Kreisen der Konferenzteilnehmer erfahren konnte, war die Verblüffung bei den westlichen Delegationen nach dieser Rede Gromykos komplett. Und als später sogar die Frage an die Russen gestellt wurde, ob Gromyko mit der Anspielung auf eine "Zone" eine militärische Entspannungszone in Mitteleuropa gemeint habe - und diese Frage von den Russen bejaht wurde - machte sich sogar eine gewisse Bestürzung bemerkbar. - 4 -

Bundespressekoch Felix v. Bekardt begriff sofort, dass sich etwas Entscheidendes ereignet hatte und gab am Freitagabend in seiner Pressekonferenz den Korrespondenten zu verstehen, er beurteile diese Fragen Gromykos als ein Ablenkungsmanöver.

Bei dieser Sprachregelung ist es leider bis heute geblieben. Viele Zeitungen begnügten sich mit der Vermutung, Gromyko habe nur die Zeit bis zum Eintreffen von neuen Weisungen aus Moskau überbrücken wollen.

In der vergangenen Woche stellten wir in unserem Pressedienst die Frage, ob noch eine Möglichkeit besteht, die Genfer Aussenministerkonferenz zu "entberlinisieren". Schliesslich hatte sich ja die Pariser Dezemberkonferenz der Mitglieder des Atlantikrates zum Ziele gesetzt, das Berlin-Problem auf einer kommenden Ost-West-Konferenz nicht isoliert behandeln zu lassen. Was in der Zwischenzeit und besonders in Genf geschehen ist, bedeutet das Gegenteil von dem, was man sich in Paris vorgenommen hat. Da jetzt aber der sowjetische Aussenminister - aus welchen Motiven auch immer - das Problem der Schaffung einer militärischen Entspannungszone auf den Genfer Konferenztisch gelegt hat, ist überhaupt nicht einzusehen, warum die Westmächte bis zur Stunde diese Frage nicht aufgegriffen haben. Sollten bei den Westmächten, besonders vielleicht bei den Franzosen, Bedenken dagegen bestehen - warum benutzt die Delegation der Bundesregierung nicht diese Gelegenheit, um in deutschen Interesse die internationale Diskussion mit der Zielrichtung auf die Schaffung einer militärischen Entspannungszone in Mitteleuropa zu befruchten?

Gesetzt den Fall, Gromyko würde an die Schaffung einer solchen Zone Bedingungen knüpfen, die nicht akzeptabel wären, dann könnte man seinen Vorschlag ablehnen. Aber darauf zu verzichten, die Berlin-Diskussion in einem Zusammenhang mit der Frage der militärischen Entspannung in Europa überhaupt zu stellen, muss als großes Versagen bezeichnet werden.

Machtverschiebung in Indonesien

ED - Die Machtergreifung des Militärs, eine seit geraumer Zeit in verschiedenen Ländern Südostasiens zu beobachtende Entwicklung, scheint nun auch in Indonesien das politische Bild zu bestimmen. Nachdem die Nationalversammlung in Djakarta mit Mehrheit die Wiedereinführung der Verfassung von 1945 in dritter Lesung abgelehnt hatte und damit dem zur Zeit auf einer Weltreise befindlichen Staatspräsidenten Sukarno die geforderten weitreichenden autoritären Vollmachten verweigerte, hat die Armee die Macht im ganzen Lande übernommen und gleichzeitig die Betätigung aller politischen Parteien verboten. Dieser Schritt setzt den innenpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Monate ein vorläufiges dramatisches Ende. Während die Nationalisten, die Partei Sukarnos, - und mehr im Hintergrund wirkend die Kommunisten - den Thesen des Staatspräsidenten von der "gelenkten" Demokratie mit aller Macht eine verfassungsrechtliche Grundlage zu verleihen suchten, leisteten die beiden großen mohammedanischen Parteien und die Sozialisten heftigen Widerstand.

Als eine Art Ouvertüre zu den jüngsten Ereignissen muß die Rede des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Hatta vor einigen Tagen angesehen werden, der in scharfen Worten die Pläne Sukarnos kritisiert hatte. Es läßt sich im Augenblick nicht absehen, auf welche Seite sich die Armee mit ihrer Aktion gestellt hat. Jedoch kann vermutet werden, daß der Oberbefehlshaber Nasution, den man wahrscheinlich zu Recht als den "starken Mann" der Republik bezeichnet, nicht zu den Befürwortern der Sukarnoschen Pläne gehört. Die seit dem Aufstand der "Sumatra-Rebellen" in vergangenen Jahr stets unsichere politische und wirtschaftliche Lage Indonesiens sowie die Versuche der Kommunisten, sich starke Stützpunkte in Java zu verschaffen, hat ohne Zweifel die Machtergreifung des Militärs bewirkt. Auf der anderen Seite aber ist es durchaus möglich, daß als Ergebnis des Staatsstreiches die parlamentarische Demokratie für einige Zeit außer Funktion gesetzt ist.

Eine Reaktion des Staatspräsidenten Sukarno liegt noch nicht vor. Als unwahrscheinlich aber dürfte die Überlegung gelten, es habe sich um eine von Sukarno "ferngesteuerte" Revolution von oben gehandelt. Zwar verfügt der Staatspräsident noch immer über eine sehr starke Sympathie bei der Bevölkerung, doch ist nicht zu erwarten, daß diese sich zu einem Aufstand gegen die Armee bereitfinden würde. Im Augenblick ist das Militär die einzig wirksame innenpolitische Kraft und zugleich auch die entscheidende Klammer, die den Staat zusammenhält.

### Schlegelberger-Pension - ein Skandal

U.D. Am 20. April 1959 beantwortete der Bundesminister der Justiz eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion nach dem Ruhegehalt des früheren NS-Staatssekretärs und geschäftsführenden Reichsjustizministers Franz Schlegelberger. Er gab in dieser Antwort die Höhe der Pension mit 2010,78 DM an und setzte ganz unauffällig das Wörtchen "netto" dahinter. Dutzende von Zeitungen druckten diese Summe in der selbstverständlichen Annahme nach, dass der Bundesminister der Justiz die Wahrheit schreibe. Es war nicht die Wahrheit. Auf nochmalige Anfrage der SPD teilt der Bundesjustizminister jetzt mit, dass Schlegelbergers Pension in Wirklichkeit die Rekordsumme von 2894,08 DM monatlich beträgt und ihm seit dem 1. April 1951 bisher 159 399,84 DM gezahlt worden sind. Das also ist der Brutto-Betrag.

Was sich Herr Schäffer hier geleistet hat, ist mit parlamentarischen Ausdrücken nicht mehr zu kennzeichnen. Wo in unserem Staate ist es üblich, die Frage nach der Höhe eines Gehalts mit der Nennung des Netto-Betrages zu beantworten, also der Summe, die dem Empfänger nach Abzug der Steuern verbleibt? Herr Schäffer hat als Bundesfinanzminister acht Jahre lang Haushaltspläne aufgestellt, in denen jedes Beamtengehalt mit seinem Brutto-Betrag angesetzt zu werden pflegt. Er wird dem Parlament im Ernst nicht weismachen können, dass die Frage nach Beamtengehältern auch nur in einem einzigen Falle bisher mit der Netto-Summe beantwortet worden ist. Jeder Anwärter auf die Steuersekretärs-Laufbahn würde durch die Prüfung fallen, wenn er netto statt brutto schriebe.

Aber die Dinge liegen anders, denn sicher ist der gegenwärtige Bundesjustizminister kein Mann mit Hilfsschulbildung. Sein Motiv ist politischer Art gewesen: Er hat den Justizminister eines Unrechtsstaates gegenüber dem Zorn der Öffentlichkeit schützen wollen, die sich empört, wenn es ans Tageslicht kommt, dass die Bundesrepublik jedem einzelnen dieser Handlanger des Dritten Reiches eine Apanage zahlt, von denen Millionen Opfer ihres Systems und ihres Krieges, Verfolgte, Flüchtlinge, Kriegsversehrte, nicht zu träumen wagen.

Er hat den Zorn gefühlt, der Bundesjustizminister, der einmal ausgerechnet die Wiedergutmachungsleistungen heranzog, um von einer Gefahr für die Währung zu sprechen. Die 2894 Mark Monatsrente sind gewiss keine Gefahr für die Währung, aber eine Überforderung der staatsbürgerlichen Loyalität aller anständigen Menschen in diesem Lande. Dass Herrn Schäffer diese Gefahr bewusst gewesen ist und er deshalb seine Zuflucht zu dem eines Ministers unwürdigen faulen Trick genommen hat, gibt uns die stolze Gewissheit vom Vorhandensein einer moralischen Kraft in diesem Volke.

+ + +

Wie konnte dies alles geschehen ?

W.P. - Gerade als das von Bismarck geschaffene deutsche Kaiserreich außenpolitisch gesichert und wirtschaftlich in einem Aufschwung nie zuvor dagewesenen Ausmaßes begriffen schien, klopfte mit der Kaiserkrönung Wilhelm II., der bald Bismarcks Entlassung folgen sollte, das Schicksal selbst an die Pforten des Reiches. Armaßung, Hochmut und Größenwahn gewannen Einfluß auf das Denken und Trachten der herrschenden Schicht, diplomatische Unfähigkeit und militärisches Säbelrasseln bestimmten die Politik, bis die Monarchie im Jahre 1918 der militärischen Überlegenheit ihrer Gegner erlag und zusammenbrach.

Es folgte die Epoche der Weimarer Republik, die das verlorene Vertrauen der Welt wieder zu gewinnen suchte und unbestreitbar sowohl außenpolitische als auch sozialpolitische Erfolge aufzuweisen hatte; innenpolitisch vermochte sie dem Terror der Radikalen von rechts und links nicht standzuhalten. Freiheit und Menschenwürde wurden in Konzentrations- und Vernichtungslagern von braunen Sturmabteilungen zu Tode getrampelt, und über nationalistische Wahrvorstellungen weiter Volksteile sowie den Versuch der Eroberung und Beherrschung ganz Europas führte der Weg zur neuen diesmal totalen militärischen Niederlage und zur Zerstörung der Reichseinheit. Die Alliierten - einschließlich der Roten Armee - rückten in Deutschland ein.

Wie konnte dies alles geschehen? - Die Pfade sind verschlungen, auf denen ein Volk wandelt, und sein Auf und Nieder lassen sich nicht unter einem Aspekt erfassen. Die Ergebnisse der historischen Forschung in einer anschaulichen und keineswegs in trockenem wissenschaftlichen Stil gehaltenen, geradezu synthetischen Darstellung zum Verständnis einer breiten Öffentlichkeit vorgelegt zu haben, ist das Verdienst des Mainzer Historikers Prof. Göhring. Was er über "Bismarcks Erben 1890-1945" \*) an Ereignissen, Entschlüssen der politischen Führer und Entwicklungen zusammengestellt und beschrieben hat, wird der älteren Generation vieles längst Vergessene in die Erinnerung zurückrufen, der jüngeren jedoch die Augen öffnen, Zusammenhänge erklären und vielleicht auch Verständnis erwecken für die zeitgenössische politische Situation. - Es wird dem Leser bewußt, daß der Weg vom Reichsgründer Bismarck zum Reichszerstörer Hitler durch keine Zwangsläufigkeit, keinerlei innere Gesetzmäßigkeit bestimmt ist. Geschichte kann durch unglückliche Verkettung zur Tragödie werden. Im eigentlichen ging es dem Verfasser darum, zu zeigen, "wie ein großes Erbe vertan worden ist."

Man beklagt bei uns oft ein Desinteresse an der neueren Geschichte und vermißt die Bildung und Pflege eines einheitlichen Geschichtsbeußtseins. Dem Geschichtsunterricht an unseren Schulen wird gerade neuerdings der Vorwurf gemacht, der jüngsten Vergangenheit nicht genügend Aufmerksamkeit zu widmen. Da kann das auf Vorlesungen fußende Werk des Mainzer Historikers eine Lücke ausfüllen, zumal der Markt mit Memoirenliteratur, die zumeist die Unabdingbarkeit und Zwangsläufigkeit der Entwicklung nachzuweisen versucht und für pädagogische Zwecke unbrauchbar ist, bereits seit langem gesättigt ist.

\*) Prof. Dr. Martin Göhring: "Bismarcks Erben 1890-1945",  
Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden, 1959.

+ + +